Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 266. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 12. November 1930. | 12. Jahrgang.

Es erprobt sich im Unglück die Weisheit — die Demut im Glücke — in der Not die Geduld — im Tode der Reichtum. Schiller.

Neujahrsfest des Faschismus.

Mussolinis große Rede. — Die Heldenlegion. — Säuberungsaktion.

Rom hat wieder einmal große Tage erlebt, Tage, auf die nicht nur ganz Italien lauschte, sondern auch Tage, denen in ganz Europa ein starker Widerhall folgte, sei es zustimmend, sei es ablehnend. Die großen Tage begannen mit der Königshochzeit in Assisi, dem weihevollen Städtchen des heiligen Franziskus im anmutigen Umbrien, da die Prinzessin Giovanna von Savoyen den Lebensbund schloß mit dem König Boris von Bulgarien. Daß dieser Ehe nicht nur persönliche Bedeutung zukommt, daß sie vielmehr in der ganzen Balkanpolitik Italiens eine Rolle spielen wird, ist außer Zweifel.

Dem königlichen Hochzeitsfeste folgte unmittelbar das Neujahrsfest des faschistischen Italiens, trat man doch am 28. Oktober, dem Jahrestag des „Marsches auf Rom", in das Jahr 9 der neuen Zeitrechnung ein. Es ist schon Tradition des neuen Regime geworden, daß dieser Tag, ebenso wie der Nationalfeiertag des 21. April, des „Geburtstages Roms", zur feierlichen Einweihung, bezw. Eröffnung alles dessen benutzt wird, was in den letzten Monaten an Bauten, Denkmälern, Straßen, Meliorationen usw. geschaffen wurde. So war es auch diesmal: Ueberall im ganzen Lande Feiern großen Stiles zum Preis der faschistischen Revolution. Uns mögen am meisten interessieren die Reden Mussolinis, unter diesen wieder die großzügige Rede am Vortage, die er am Palazzo Venezia vor den versammelten „gerarchi", d. h. den berufenen Führern der faschistischen Provinzialverbände, hielt. Ueberall in der Welt hat man aufgehorcht, teils mit Freude, teils mit Wut. Man muß ja auch unumwunden zugeben, daß Mussolini kein Blatt vor den Mund nimmt und sowohl mit seinen persönlichen Gegnern, als auch mit der europäischen Politik von heute in einer Offenheit abrechnet, die man bei den Staatsmännern aller Länder sonst vergeblich sucht. So wandte er sich zuerst an die Feinde des Faschismus und stellte, was uns Deutsche besonders interessieren kann, all die verleumderischen Angriffe gegen ihn in Parallele mit den Verleumdungen (abgehackte Kinderhände u. ä.), die Deutschland über sich habe ergehen lassen müssen. „Merkwürdig," sagt er, „daß von diesen armen verstümmelten Kindern heute keine Spur mehr vorhanden ist." Und dann reißt er unerbittlich „dem alten heuchlerischen Europa die Maske vom Gesicht, das in Genf dauernd von Frieden stammelt, dabei dauernd zum Kriege rüstet". Mit einer Dringlichkeit ohne gleichen verlangt Mussolini eine allgemeine Revision der Friedensverträge und der berüchtigten Nachkriegsverträge, die eine dauernde schwere Bedrohung Europas darstellen. Freilich sind wir Deutschen nachgerade zuviel enttäuscht worden, um nun gleich auf solche Worte große Hoffnungen aufzubauen. Immerhin dürfen wir uns ihrer freuen und sie als ein leises Anzeichen werten, daß es langsam zu dämmern beginnt.

Eine andere feierliche Handlung gelegentlich des Neujahrsfestes ist charakteristisch für die Ehrung der Kriegsopfer. 10 000 Kriegsverletzte wurden in festlicher Zeremonie als „Heldenlegion" der Miliz eingereiht. Mit weihevollen Reden des Duce, des Gouverneurs von Rom, Fürst Boncompagni Ludovisi, und des Kardinals Sincero wurde das von der römischen Bürgerschaft gestiftete Banner überreicht.

Erwähnt sei ferner die weitere Ausgestaltung der faschistischen Jugendorganisationen. Da Mussolini richtig erkennt, daß alles darauf ankommt, die Jugend zu gewinnen, wird diesem Verwaltungszweige allergrößter Eifer gewidmet. Der junge Faschist gehört vom 8. bis 14. Jahre der Jugendorganisation „Balilla" an, und besonders an Sonntagen sieht man in Rom diese kleinen Schwarzhemden in unabsehbar langen Zügen mit Musik und Fahnen durch die Straßen ziehen. „Balilla" ist der Name eines heldenhaften Knaben, der 1746 in Genua das Zeichen zum Aufstand gegen die Oesterreicher gab, indem er eine Korporalschaft des fremden Militärs mit Steinen bewarf. Vom 14. bis 18. Jahre gehört er der Avanguardia, dem „Vortrupp" an. Danach wird er gelegentlich der „leva fascista", der „faschistischen Aushebung", die gewöhnlich am Geburtstag Roms, dem 21. April stattfindet, vollberechtigt in die Partei und in die Miliz eingereiht. Dies geht mit besonderer Zeremonie vor sich, indem die wegen Erreichung der Altersgrenze aus der Miliz Ausscheidenden feierlich ihre Gewehre an die in den Avanguardien Vorgebildeten übergeben. Für diese Jungmitglieder der Partei ist jetzt in dem „Jugend-Fascio" eine neue Gruppe geschaffen, der sie vom 18. bis 21. Lebensjahre angehören. 160 000 Jugendliche sind innerhalb 14 Tagen in diesen neuen Fascio eingeschrieben worden. Vollständig parallel zu diesen Gruppen für die männliche Jugend gibt es entsprechende Mädchengruppen. Bemerkt sei daß andere Jugendorganisationen verboten sind, was natürlich einen der mancherlei Konfliktsstoffe mit dem Papste bildet.

Das Neujahrsfest wird jetzt noch wochenlang seinen Nachklang finden in der von Mussolini angeordneten Säuberungsaktion. Man sagt, daß Italien zu vier Fünfteln faschistisch sei. Wenn das wahr ist, so ist klar, daß darunter Tausende und aber Tausende von bloßen Mitläufern sind, die aus Opportunitätsgründen oder aus Geschäftsinteressen der Partei beigetreten sind. Die Partei fühlt sich jetzt stark genug, um sich von diesem „toten Ballast" zu befreien. So hat der vor kurzem neu ernannte Parteisekretär Giuriati für die jetzt erfolgende Erneuerung der Mitgliedskarte eine ganz rigorose Auslese befohlen. Diesem Befehl sei folgendes entnommen:

„In erster Linie kommen die in Betracht, die von 1919 bis 1922 Soldaten der Revolution gewesen sind, auch nach dem Marsch auf Rom in ihrer Treue zum Regime kein Schwanken gezeigt und auch in moralischer Beziehung sich nichts haben zu schulden kommen lassen. Zweitens soll die Karte auch denen erneuert werden, die zwar erst nachher als Mitglieder eingeschrieben sind, die aber durch aktives Handeln ihre Treue bewiesen haben. Diejenigen aber, die trotz der ehrenvollen Zugehörigkeit noch nicht begriffen haben, daß der Faschismus tätiger Kriegsdienst ist, die sich vielmehr apathisch gezeigt und sich darauf beschränkt haben, Proben jenes Allerweltspatriotismus zu geben, der — in früheren Zeiten wohl Ansehen schuf, die sich bloß bei Festen auf Kommando mal sehen lassen, werden suspendiert werden müssen bis zu dem Tage, an dem sie ihr volles Maß an Mühe, Verantwortungsgefühl und Gefahr übernehmen und dadurch beweisen, daß sie es nun besser machen wollen. Schließlich: Denen, die sich ihr Faschistenabzeichen nur erlistet haben, um Fehler der Vergangenheit zu vertuschen oder um ihrem Treiben eine hübsche Etikette zu geben, denen, die durch bestimmtes Betragen Grund zum Zweifel an ihrer Treue gegeben haben, diesen allen soll ihre Mitgliedskarte nicht erneuert werden. Die Parteivorstände, die diesem Befehl zur Auslese nicht mit der größten Gewissenhaftigkeit nachkommen oder die sich in der einen oder anderen Weise von persönlichen Rücksichten leiten lassen, machen sich des Verrats schuldig."

W. b. c.

Schreckensherrschaft in Sowjet-Rußland — wie lange noch?!

Die Gewaltmaßnahmen der bolschewistischen Machthaber im russischen Reich, die die zivilisierte Welt mit Schrecken erfüllen, gehen weiter ihren Gang und werden mit unerbittlicher Konsequenz fortgesetzt. Die neueren Berichte lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß man rücksichtslos und ohne Schonung sein Ziel verfolgt. Das bolschewistische Programm soll durchgeführt werden unter allen Umständen und um jeden Preis. Zwei Punkte stehen auf diesem Programm an erster Stelle: Die Beseitigung der Religion und die Vernichtung des freien Bauerntums. Die Vergewaltigung der „Kulaken" (kleineren und mittleren Grundbesitzer) hat einen Grad erreicht, der zum völligen Ruin führen muß. Nach zuverlässigen Meldungen werden die Bauern scharenweise — mit Frauen und Kindern — von Haus und Scholle gerissen und in Gegenden gebracht, wo sie vor Kälte, Hunger und Entbehrungen zugrunde gehen. Ein Grund zur Deportation ist leicht gefunden. Man legt den unglücklichen Landwirten Lasten auf, die sie beim besten Willen nicht leisten können. Man verlangt von ihnen für einen Spottpreis Lieferungen an Korn, die über alles erträgliche Maß hinausgehen, die sogar den Gesamtertrag ihrer Ernte übersteigen. Und wenn sie das nicht erfüllen können, so werden sie in die Verbannung geschickt, wo sie bei völlig ungenügender Ernährung Holz fällen und es zum Verkauf an das Ausland zubereiten müssen. Auf diese Weise werden die Mengen von Getreide und Holz gewonnen, die Rußland für einen niedrigen Preis ins Ausland ausführt, die auch nach Deutschland kommen, dort den Holzmarkt lahm legen und unseren Landwirten die Preise drücken. Es ist System in der ganzen Sache, und es wird ein Terror geübt, dem Menschenrechte wenig oder nichts mehr gelten. Systematisch wird auch der Kampf gegen das Christentum und gegen jegliche Religion fortgesetzt. Die von Stalin gegenüber Abgeordneten amerikanischer Arbeiterverbände abgegebene Erklärung zu der ihm vorgelegten Frage, wie der Bolschewismus sich zur Religion stelle, macht es zweifellos klar, daß die bolschewistische Regierung Rußlands die direkte Bekämpfung jeder Religion sich zur Aufgabe macht. Stalin sagt u. a. folgendes: „Wir führen den Kampf gegen die religiösen Vorurteile und werden ihn auch in Zukunft führen. Unsere Gesetzgebung allerdings sichert den Bürgern das Recht, jede beliebige Religion zu bekennen. Das ist Sache des Gewissens jedes einzelnen. Aber indem wir die Kirche vom Staat trennten und Religionsfreiheit proklamierten, haben wir gleichzeitig jedem Bürger das Recht eingeräumt, auf dem Wege der Propaganda und Agitation jede beliebige und alle Religionen zu bekämpfen. Die Partei kann sich aber zur Religion nicht gleichgültig stellen, sondern muß antireligiöse Propaganda gegen alle religiösen Vorurteile treiben."

Einzelheiten über die zur Bekämpfung der Religion angewandten Methoden können hier nicht angegeben werden. Nur das eine sei beispielsweise erwähnt, daß das vom 1. November ab geltende Statut für Lebensmittelverteilung die Bestimmung enthält, daß Priester, Kirchendiener und andere, die für Kirche und Religion sich betätigen, kein Anrecht auf Lebensmittel haben, ferner daß der im Dezember vorigen Jahres gegen etwa 80 Mitglieder christlicher Gemeinden, Prediger und Laien eingeleitete Prozeß nach 9-monatiger Untersuchungshaft der Beschuldigten zur Verurteilung fast aller zu drei Jahren Straflager geführt hat. Endlich sei hingewiesen auf den Bericht der früher „Tscheka" genannten Organisation an das Politische Büro, nach welchem in der ersten Hälfte des August 300 Hinrichtungen vollzogen worden sind, unter diesen auch eine Anzahl solcher, bei denen „Verbreitung religiöser Vorurteile" als Grund der Hinrichtung angegeben wird.

Wie lange noch!? So fragt man sich angesichts dieser Gewalttaten, so klingt es wie ein tausendfacher Notschrei in lauter Klage oder in stumpfer Verzweiflung aus den gequälten und entrechteten Volksmassen des russischen Reiches. Wie lange noch sollen dort die Menschenrechte grausam verletzt und mit Füßen getreten werden? Es müßte doch endlich einmal Front gemacht werden gegen diese allen Gesetzen der Humanität und des Völkerrechts hohnsprechende Politik. Die deutsche Presse hat hier eine ernste Aufgabe, der sie sich m. E. gar nicht entziehen darf. Mir scheint, sie hat bisher noch viel zu wenig auf diese ungeheuere Not unserer Brüder in Rußland hingewiesen. Es müßte ein einmütiger Protest gegen diese Politik der russischen Machthaber durch den deutschen Blätterwald schallen, immer aufs neue wieder muß dem Abscheu und der Empörung darüber Ausdruck gegeben werden. Sollten nicht die Preßverbände — evangelische wie katholische — die Zeitungen fortlaufend mit Berichten über diese Sache versehen können?

Es darf auch nicht bei solchen papiernen Protesten — so wichtig sie sind — bleiben, sie müssen in die Tat umgesetzt werden. Haben doch auch die wüsten Ausschreitungen in Prag gegen das Deutschtum die sofortige Wirkung gehabt, daß deutsche Künstler ihr Auftreten in Prag abgesagt, deutsche Sportvereine ihre Mitwirkung an sportlichen Veranstaltungen abgelehnt, deutsche Kunststätten gegenüber den tschechoslowakischen Künstlern kühle Zurückhaltung geübt haben. Sollten die russischen Gewalttaten gegen die Religion und gegen deutsche Stammesgenossen nicht ein gleiches Vorgehen uns zur Pflicht machen? Es mußte doch ein peinliches Gefühl in feinfühlenden Herzen auslösen, als Eckener sein Luftschiff nach dem bolschewistischen Moskau lenkte, und die begeisterten Huldigungen, die ihm dort dargebracht wurden, stimmten schlecht zu den Seufzern und Tränen unserer gequälten Brüder. Das muß bei aller Anerkennung der Leistungen Eckeners einmal offen ausgesprochen werden. Mehr kühle Zurückhaltung gegenüber Sowjet-Rußland, mehr entschiedenes Abrücken von den bolschewistischen Machenschaften! Oder sollten politische Rücksichten uns hindern, gegen die russische Gewaltpolitik Front zu machen? Sie dürfen niemals dazu führen, zu solch schreiendem Unrecht zu schweigen Aber wir sind wohl leider heute schon weit abgekommen von dem Wahlspruche Bismarcks, den er einst mit Wucht hineinschleuderte in das Spiel der europäischen Diplomatie: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf dieser Welt." Wenn es wahr ist, was über die Verhandlungen der Völkerbundstagungen berichtet wird, daß auf die von verschiedenen Staaten dort gegebene Anregung eines gemeinsamen Vorgehens gegen die russische Wirt-

schaftspolitik die deutsche Delegation erklärt hätte: „Deutschland müsse es ablehnen, sich in eine antirussische Front einbeziehen zu lassen", so ist doch wohl die Frage berechtigt: Ist das der Weisheit letzter Schluß? Und muß man alles widerspruchslos hinnehmen? Wenn man sich auch als Laie kein Urteil erlauben wird über die gewiß oft schwierigen einzelnen Fragen der Diplomatie, das darf doch wohl gesagt werden, daß ein zaghaftes Ausweichen vor den Rücksichtslosigkeiten der russischen Politik weder zweckmäßig noch pflichtmäßig ist. Es wäre wirklich dringend zu wünschen, daß die europäische Diplomatie ernste Vorstellungen erhebe gegen die Verletzung der heiligsten Menschenrechte, wie sie zur Zeit in Rußland geschieht, und die Mächte sollten einmütig dagegen vorgehen. In diesem Sinne ist es sehr zu begrüßen, daß auf der Herbsttagung des „Oekumenischen Rates für praktisches Christentum" eine Kundgebung erlassen ist, die die Kirchen bittet, in der Fürbitte für die verfolgten Christen in Rußland fortzufahren, ihre Mitglieder zur tatkräftigen Hilfe aufzurufen, und alle Mittel anzuwenden, um durch die Regierung ihrer Länder sowie auf anderen friedlichen Wegen eine Einstellung der Verfolgung zu erstreben. Sonntägliche Fürbitte in den Kirchen, fortgesetzte Fürbitte in den Häusern, tatkräftige Hilfe für die schwerbedrängten Christen Rußlands, und ein einmütiges Vorgehen der Mächte gegen diese zum Himmel schreiende Not: das ist das Gebot der Stunde. Möchten sich doch alle ihrer Verantwortung vor Gott bewußt werden, und möchte unsern gequälten Brüdern in Rußland bald die Stunde der Erlösung schlagen!

P. i. R. Cordes, Osterholz-Scharmbeck.

„Simulantentum".

Die Stellung des Schriftleiters in Nr. 258 des Aufwärts zu den Meldungen der Krankenkassen über Simulantentum, das durch die vertrauensärztlichen Nachuntersuchungen enthüllt worden sei, ist sachlich und gerecht und nur zu unterstreichen. Hinzufügen möchte ich noch, daß durchaus nicht alle Kranken, die den Krankenschein abgeben, wenn sie zu dem Vertrauensarzt bestellt werden, Simulanten sind. Gerade anständige Männer wie Frauen, die vom ärztlichen Standpunkte noch Schonung nötig hätten, empfinden die Aufforderung zur Nachuntersuchung als eine Kränkung, sie fühlen sich unter dem Verdacht der Drückebergerei stehend und verzichten entrüstet auf ihren gerechten Anspruch auf Krankengeld. — Andererseits: wenn zwei Aerzte verschiedener Ansicht sind, so ist noch gar nicht bewiesen, daß der eine von den beiden alle Male unrecht hat. Ein Arzt z.B., der einen Kranken Jahre hindurch wiederholt behandelt hat, die häuslichen Verhältnisse und die für den Mann allein in Betracht kommenden Arbeiten kennt, kann sich sehr wohl durch sein Gewissen gebunden fühlen, ihn noch nicht gesund zu schreiben, im Gegensatze zum Vertrauensarzte, der ihn, zum erstenmal sehend und untersuchend, für arbeitsfähig erklärt. Es wäre ungerecht, den ersten Arzt der Untreue zu bezichtigen, ohne die Begründung seiner Beurteilung gehört zu haben. Der Fernerstehende gewinnt leider den Eindruck, als ständen sich zwei Parteien gegenüber, jede mit ihrem Rechtsanwalte. Entschieden ist für beide Teile die Bestellung einer Untersuchungskommission, der mehrere Aerzte angehören — so wie es bei vereinzelten größeren Kassen schon eingerichtet ist — das Gerechteste und Vernünftigste.

Ferner kommt es häufig vor, daß die Beendigung einer Kur bereits für einen bestimmten Tag vorgemerkt ist, und einen oder wenige Tage vorher ordnet der angerufene Vertrauensarzt die Entlassung des Patienten an. Auch diese Fälle erscheinen dann in der Statistik und werden gegen die Kassenärzte ausgewertet. —

Der Kernpunkt der ganzen trüben Frage liegt, wie in dem Artikel in Nr. 258 richtig gesagt ist, in der jammervollen Lage unseres Volkes. Wenn eingestellte Arbeit und Verdienst für die Massen vorhanden wären, so würden die vielen „Nachuntersuchungen" im Krankenkassenwesen von selbst verschwinden. Jetzt haben wir auf der einen Seite das hungernde und herumlungernde Heer der verzweifelten Arbeitsuchenden und der Arbeitslosen, umringt von allen Gefahren der Untätigkeit für Leib und Seele, auf der anderen Seite: die noch Arbeitenden der motorisierten, auch rationalisierten und amerikanisierten Betriebe mit der völligen Auspumpung der Menschenkräfte.

Und nun werden vom behandelnden Arzt Erfolge verlangt, und zwar im Tempo der Zeit — schnellstens! Es gehört wirklich viel Idealismus dazu, heute noch freudig den ärztlichen Dienst zu tun. Die Gesamtnot wird täglich größer, und alle Not wird allgemein nur als Aufgabe betrachtet, die rechnerisch, wirtschaftlich, „auf dem Verwaltungswege" — oder durch eine neue Klebemarke zu lösen ist. Ein Schritt in dieser Richtung ist auch die bedauerliche Notverordnung für die Krankenkassen, durch welche die Not der wenig bemittelten Kranken gesteigert und die Volksgesundheit, namentlich zur Zeit schleichender Seuchen, entschieden gefährdet wird.

Wir kommen auch hier nicht weiter und graben uns löchrige Brunnen, weil die Liebe fehlt. — Ein so durch Parteien zerrissenes und der Weisheit, die im Ewigen ruht, entbehrendes Volk, wie wir jetzt sind, steht der Lösung aller schwebenden Fragen hilflos und ohnmächtig gegenüber. —

Dr. K. Tietze, Arzt in Volkenhain (Schles.).

Die Säkularisierung und die Schule.

Gar viel und doch bei weitem noch nicht genug ist in den letzten Monaten über die Säkularisierung gesprochen und geschrieben worden, über die Bestrebungen, das Leben unseres Volkes in seinen mannigfachen Beziehungen von der Bindung an Gottes Ordnung zu lösen und mit Einsatz staatlicher Machtmittel seine Verweltlichung herbeizuführen. Mancher evangelische Christ hat erkannt, welch große Gefahren dem religiösen Leben aus einer Verabsolutierung des Staates erwachsen. Aber das Erwachen muß noch viel stärker über die evangelische Christenheit kommen, viel tiefer muß die Erkenntnis gehen und sich durchsetzen, daß die Säkularisierung schließlich nichts anderes ist als die Wegbereiterin einer „Staatsreligion", die die Verdrängung der christlichen Religion zum Ziel hat.

Wie stark diese Bestrebungen vornehmlich auch unser Erziehungs- und Bildungswesen bedrohen, ist in dem gegenwärtigen Ringen auf pädagogischem Gebiete unschwer zu erkennen. So wurde — es sei nur ein Beispiel aus jüngster Zeit genannt — auf dem vom „Deutschen Ausschuß für Erziehung und Unterricht" in Wiesbaden veranstalteten Pädagogischen Kongreß in einem der Hauptvorträge es klar und deutlich ausgesprochen: Der Inbegriff aller Erziehungsmöglichkeit ist die staatliche Gemeinschaftsschule, in der alle Kinder erzogen werden ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis und ohne Rücksicht auf den Willen der Eltern. „In den staatlichen Bildungseinrichtungen," so heißt es in den Leitsätzen dieses Vortrags, „soweit eine Stellungnahme zu metaphysischen Lehren nach der Natur der Sache erforderlich ist, der dem Staatsvolke gemeinsame Bestand an Anschauungen metaphysischer und ethischer Art zur Grundlage zu nehmen." Das heißt Entchristlichung des gesamten staatlichen Schulwesens! Was wird da von der Heilslehre der Bibel, vom reformatorischen Glaubensgut übrig bleiben, wenn der gemeinsame Bestand religiöser Ueberzeugungen im Staatsvolk festgestellt wird, — also das, was Freidenkern und Gottesfeinden einerseits und Christusgläubigen andererseits, daneben aber noch den mancherlei anderen Religionen und Weltanschauungen in unserem Volk gemeinsam sein soll, um die Grundlage für eine — vielleicht einmal erforderliche — Stellungnahme zu metaphysischen Lehren zu bilden! Und was wird als gemeinsamer Bestand ethischer Anschauungen des Staatsvolkes bleiben, wenn die „neue" Sittlichkeit, die sich von Gottes Schöpferordnung vollkommen lossagt, ihren Anspruch auf Anerkennung macht und berücksichtigt werden muß?

Es ist tatsächlich ernst mit dem Streben, eine „Staatsreligion" und eine „Staatssittlichkeit" zu schaffen und diese zum Maßstabe für das gesamte Erziehungswesen zu machen. Demgegenüber besagt es gar nichts, wenn es in den erwähnten Leitsätzen weiter heißt: „Innerhalb dieses Rahmens ist die Möglichkeit zur Unterrichtung und Ausbildung im Sinne besonderer metaphysischer Anschauungen zu gewähren". Es ist ganz klar, daß diese Gemeinschaftsschule etwas durchaus anderes sein wird als die in einzelnen Ländern gegenwärtig noch bestehende Simultanschule.

In einer kürzlich erschienen Broschüre des Jenaer Privatdozenten Dr. jur. A. Köttgen, die die Frage: Wem gehört die Schule? untersucht, wird die Aufgabe so gefaßt: „Im durchseelten Staate soll die Schule die Durchstaatlichung der Seele schaffen." Also: der Staat ist alles; über den Staat geht nichts! Darum: Säkularisierung, Verdrängung des christlichen Glaubens und seiner Erziehungsmächte aus Schule, Familie, Volk!

Ist es da nicht Zeit, daß die, denen die Autorität, die Macht und Liebe des lebendigen Gottes das Höchste ist, denen die Heilandstat auf Golgatha ein Reich offenbarte, das über allen Reichen der Welt ist, noch ganz anders ihre Verantwortung erkennen, viel fester noch, viel entschlossener und mutiger noch als bisher zusammenstehen für eine neue Durchdringung unseres gesamten Volks- und Gemeinschaftslebens mit den Kräften und Gaben eines Lebens aus Gott? Das gilt insonderheit den evangelischen Eltern, deren Kinder ja auch mit hineingezwungen werden sollen in die neue Gemeinschaftsschule. Es gilt erst recht den evangelischen Christen im Lehr- und Erziehungsberuf, deren Glaubensüberzeugung sich einem solchen Anspruch der Säkularisierung der Schule unmöglich beugen kann. Wie viele evangelische Eltern stehen noch abseits von den großen Bünden, die sich wehren gegen solch neue Gemeinschaftsschule und für die Schule mit der Bibel sich einsetzen! Und wie groß ist die Zahl der evangelischen Lehrer und Lehrerinnen, die, obwohl sie ein ganz klar an der heiligen Schrift orientiertes Erziehungs- und Bildungsziel verfolgen, sich von den evangelischen Berufsgenossen, die um dieses gleichen Zieles willen sich im evangelischen Berufsverein zusammengeschlossen haben, noch fern halten, vielleicht gar noch Mitglied in einem der Verbände sind, die für das auf dem Kongreß in Wiesbaden aufgezeigte Schulideal kämpfen!

Das sollte nicht sein! Wie ganz anders könnte den gefahrbringenden Bestrebungen gerade aus der Lehrerschaft entgegengetreten, wie ganz anders noch die positive Arbeit der evangelischen Vereine gefördert werden, wenn alle die dort mitarbeiteten, die innerlich in diese Mitarbeit gehören!

Die evangelischen Lehrerinnen, denen angesichts der gegenwärtigen Geistesströmungen und -kämpfe, angesichts der bestehenden großen Verwirrung des sittlichen Denkens und Empfindens ganz besonders die Sorge und Verantwortung um unsere Mädchen, um das Geschlecht der künftigen evangelischen Frauen und Mütter am Herzen liegt, sollten vor allem sich dessen bewußt sein, daß gerade sie in einen evangelischen Berufsverein gehören, und daß ihnen im Verein Deutscher Evangelischer Lehrerinnen ein solcher offen steht, der zielbewußt um all

---

Fritz Reuter.

In einer kleinen Landstadt, in dem östlichen Teil von Mecklenburg-Schwerin, in Stavenhagen, wurde vor 120 Jahren am 7. November 1810, Fritz Reuter, der Dichter seiner plattdeutschen Heimat, der Meister natürlichen Humors, geboren. Kurz vor seinem Hinscheiden am 12. Juli 1874 richtete der Dichter von seinem Krankenlager aus an seine treue Lebensgefährtin die rührend-naive und zweifelnde Frage: „Glaubst du wohl, Luise, daß meine Schriften mich überdauern werden?" Diese Frage ist von der Nachwelt längst zu seinen Gunsten entschieden, und zwar in einer Weise entschieden, wie es der bis an sein Ende schlichte und bescheidene Mann auch in seinen kühnsten Träumen nicht zu hoffen gewagt hat. Ihm ist das hohe Glück geworden, das so wenigen Sterblichen erblüht: als Persönlichkeit lebt er nach seinem Tode fort in seinem Vaterland und weit über seines Vaterlandes Grenzen hinaus, und mit ihm das reiche Erbe, das er in seinen Schöpfungen dem deutschen Volke hinterlassen hat. Der goldene Humor, der wie ein heller Streifen spielenden Sonnenlichts auf dem breit und voll sich ergießenden Strom seiner Dichtung uns entgegenlacht, die Gemütstiefe und Innigkeit seines Wesens, der Geist männlicher Kraft und sittlicher Reinheit, der in seinen Werken klar sich widerspiegelt — alles dies leuchtet fort und fort und wird in Zukunft die Herzen Hunderttausender erwärmen und beseligen wie bisher. Die Geistesschöpfungen dieses Mannes sind zu einem köstlichen und dauernden Besitz unserer Nation geworden. Die Verbreitung der Schriften des plattdeutschen Dichters erstreckt sich weit über das norddeutsche Gebiet. Ueberall, in Hütte und Palast, sind sie heimisch geworden.

Fritz Reuters Lebenslauf liegt offen vor uns wie ein aufgeschlagenes Buch. Wir kennen alle die große Tragik, die über seinem wechselvollen Schicksal lag. Die erste Jugendzeit von 1810 bis 1824 verlebte er in seinem traulichen Elternhause. Von 1824 bis 1831 besuchte er die Gymnasien in Friedland und Parchim. Von Michaelis 1831 bis Ostern 1833 studierte er in Rostock und Jena. In Berlin, wo er Chemie zu studieren beabsichtigte, wurde er verhaftet. Jetzt begann für ihn die grausige 7-jährige Festungszeit von 1833 bis 1840. In völliger Unkenntnis über das „staatsgefährliche" Treiben der Burschenschaften, denen er sich angeschlossen hatte, ereilte ihn sein Schicksal. Ueber ein Jahr lang verbrachte er in Untersuchungshaft, die er auf der Festung Silberberg verbüßte. Seine Hoffnungen, daß sich seine völlige Unschuld erweisen würde, wurden grausam enttäuscht, seine langjährige Festungshaft begann. Dies war die traurigste Epoche seines Lebens, und doch wurde in ihr der Grund gelegt für seine späteren dichterischen Schöpfungen. Die Zeit von 1856 bis 1863, die er in Neu-Brandenburg verlebte, kann man als den Höhepunkt seines dichterischen Schaffens betrachten. Hier schrieb er auch eins seiner schönsten Werke, „Kein Hüsung", das er nach seinem eigenen Wort „mit seinem Herzblut im Interesse der leidenden Menschheit" geschrieben hat, und das er selbst zeitlebens für seine beste Geistesschöpfung gehalten hat. Seine Werke erschienen nacheinander in dem Verlag Karl Hinstorff. Diesem Verlag ist Fritz Reuter bis zu seinem Lebensende treu geblieben. Schon im Jahre 1904 bezifferte die Hinstorffsche Verlagsbuchhandlung den Gesamtabsatz seiner Werke auf 2 700 000 Bände. Man sieht aus diesen Zahlen, wie tief die Liebe zu diesem Dichter im Herzen des deutschen Volkes wurzelte. Zu der ungeheueren Verbreitung der Reuterschen Dichtungen hat in erster Linie sein Landsmann und Freund, Karl Kraepelin, beigetragen. Er war einer der unübertrefflichsten Rezitatoren, die die Werke Reuters in Nord- und Mitteldeutschland bekannt gemacht hat. Viele sind ihm auf seinem Wege gefolgt, wenige sind ihm annähernd gleichgekommen, keiner hat ihn erreicht, geschweige denn übertroffen. Dem Dichter selbst war das Talent des Vorlesens nur in geringem Grade eigen. Im Jahre 1860 wurde Fritz Reuter nach Neu-Strelitz in einen sogenannten Sonnabendverein eingeladen, um aus seinen Werken vorzulesen. Er nahm die Einladung an und wurde von der Versammlung begeistert empfangen. In seiner bescheidenen Art zog er sich rasch in eine Ecke zurück. Als man erfuhr, daß er ein neues Werk im Manuskript bei sich habe, drang man in ihn, er möge daraus vorlesen. Trotz seines Sträubens mußte er endlich nachgeben, stellte aber die Bedingung, daß zuerst Kraepelin, dessen Vorlesetalent ihm besonders gerühmt war, etwas rezitieren solle. Dieser las nun mit gewohnter Meisterschaft aus den Läuschen: „Du dröggst de Pann weg". Als Kraepelin zu Ende war, stürzte Reuter auf ihn zu, umarmte ihn und rief mit dem brüderlichen Du: „Dunnerwetter, Bengel, du kannst äwerst vordrägen! Nu les' ick äwer nich!" Zwischen Kraepelin und Reuter wurde an diesem Abend ein Freundschaftsbund fürs Leben geschlossen.

Seinen Lebensabend verbrachte Reuter in Eisenach von 1863 bis 1874. Hier vollendete er den dritten Band seines großen Werkes: „Ut mine Stromtid". Die Sehnsucht nach seiner alten Heimat brach immer wieder bei ihm durch. So ist er dann öfter wieder nordwärts gezogen, um seine alten Freunde und Landsleute zu besuchen. Am 12. Juli 1874 machte eine Herzlähmung seinem Leben ein Ende. Die letzten Worte, die sich mühsam seinen Lippen entrangen, lauteten „Friede, Friede, Friede!" Die letzte Bitte, die er an seine treue Lebensgefährtin Luise richtete, waren die rührenden Worte: „Luise, lulle mich in Schlaf!" Dann umfing ihn der Todesschlummer und bettete das müde Herz zur ewigen Ruhe.

Wir wissen der kurzen Skizze über Fritz Reuter keinen geeigneteren Abschluß zu geben, als indem wir einiges aus jenem klassisch-schönen Nachruf in seinem vollen Wortlaut hier folgen lassen, den ihm Gustav Freytag widmete:

Fritz Reuter war einer von den Glücklichen, bei denen der Leser gern die Kunst über dem strotzenden Reichtum der Naturkraft vergißt. Fast zahllos sind die Charaktere aus dem Volke, die er dargestellt, und jeder mit einer

diese ernsten Fragen sich müht und dabei die großen Aufgaben für Stand und Beruf der Lehrerin nicht aus dem Auge läßt. — Man lasse sich doch einmal einen gedruckten Tagungs- und Arbeitsbericht, Exemplare der Zeitung „Die Evangelische Lehrerin“ und die Satzung des Vereins Deutscher Evangelischer Lehrerinnen e. V. aus seiner Geschäftsstelle Wuppertal-Barmen, Neuerweg 53/55, kommen, um sich davon zu überzeugen, daß hier die Stätte für den Einsatz der Kraft sein muß, und daß die evangelische Lehrerin hier für die Pflege der Glaubensgemeinschaft, für ihre Fortbildung und ihr Studium und ebenso für die Wahrung aller äußeren Belange das findet, was sie als eine an der Jugend- und besonders an der Mädchenerziehung verantwortungsbewußt arbeitende evangelische Frau sucht und suchen muß.

Je klarer und deutlicher die Ziele der Säkularisierung aufgezeigt werden — wie es in Wiesbaden unter großem Beifall der Teilnehmermehrheit geschah — um so besser ist es, damit den ernst evangelischen Christen die Augen aufgehen, damit sie aus Lauheit, Gleichgültigkeit und falscher Friedfertigkeit erwachen und durch ihren Anschluß die Reihen derer stärken, die sich einsetzen für Abwehr der Verweltlichung und für Aufbau des Volkslebens nach den Grundsätzen des Evangeliums unter der Losung: Alles und in allem Christus! .er.

Erhaltung des Volkstums

— Frankfurt a. M., 11. November.

Die diesjährige Herbsttagung des Hauptausschusses des Vereins für das Deutschtum im Auslande ließ die vielen und großen Schwierigkeiten erkennen, die gegenwärtig der deutschen Schutzarbeit hindernd im Wege stehen. Oeffentliche Mittel sind für die reichsdeutsche Kulturhilfe weniger denn je vorhanden, sind doch an fast allen Ausgabenetats Abstriche vorgenommen worden. Die Aufbringung privater Mittel aber leidet erst recht an der allgemeinen Wirtschaftsnot, da der Zwang zum Haushalten die Bereitschaft zu solchen Hilfsaktionen beeinträchtigt.

Eine weitere Arbeitserschwerung ist dem Verein für das Deutschtum im Auslande aus einem Erlaß erwachsen, mit dem der preußische Kultusminister Grimme die Mitwirkung der Schulen und der Lehrerschaft an dem Hilfswerk für die deutschen Schulen im Auslande begrenzte. Wie Admiral Seebohm, der geschäftsführende Vorsitzende des VDA., im Verlaufe der Frankfurter Tagung betonte, ist dieser Erlaß von Lehrerkreisen vielfach dahin mißverstanden worden, als sei eine weitere Mitwirkung der preußischen Schulen an dem auslandsdeutschen Hilfswerk dem Ministerium unerwünscht. Wenn das, wie gesagt, auch ein Mißverständnis sei, so habe doch der preußische Erlaß hemmend gewirkt.

Nach eingehender Aussprache nahmen denn auch die Mitglieder des Hauptausschusses in einer Entschließung für eine Beseitigung dieser Mißhelligkeiten durch eine klare Auslegung des Erlasses Stellung, durch die den Lehrern die innere Freiheit in der Förderung des deutschen Volksgedankens wiedergegeben wird.

Ernsteste Beachtung fand Pastor Schmidt-Wodder, der Führer des Deutschtums in dem Dänemark überantworteten Teil Nordschleswigs, als er darauf hinwies, daß der Rückhalt der Grenzlanddeutschen am Reichsdeutschtum die stärkste Stütze für die deutschen Minderheiten im Kampfe um ihr Volkstum ist, so daß ein Nachlassen in dem freudigen Bekenntnis der Reichsdeutschen zur Kulturgemeinschaft mit allen deutschen Volksgruppen jenseits der Grenzen verhängnisvolle Folgen zeitigen müßte.

Oberstudiendirektor Luschey-Stettin, der auch dem Hauptvorstand des Deutschen Philologenverbandes angehört, erinnerte an einen Erlaß des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, in dem es hieß, es sei Pflicht für Volk und Staat, mit ganzer Kraft den deutschen Volksgenossen in den abgetrennten Gebieten Muttersprache und deutsche Eigenart zu erhalten. Dieser Grundsatz, zu dem sich auch Reichspräsident von Hindenburg bekannt habe, müsse nach wie vor Richtschnur für die deutsche Schutzarbeit im Auslande sein.

Die weiteren Verhandlungen beschäftigten sich vorwiegend mit der leider nicht mehr neuen, jetzt aber durch den Wahlterror noch verschlimmerten Notlage des Deutschtums in Polen. Wenn die polnischen Behörden über die Ungültigkeitserklärung deutscher Wahllisten hinaus in der um 1630 von deutschen Siedlern gegründeten Gemeinde Althütte ihre evangelische Kirche nehmen, dann zeigt das, daß die Stellung des Deutschtums in Polen nicht nur für den Wahlkampf, sondern überhaupt geschwächt werden soll. Der Verein für das Deutschtum im Auslande bringt deshalb in einer besonderen Entschließung seine tiefe Anteilnahme an den Leiden unserer Volksgenossen in Polen, die gerade dort auf einem sehr wichtigen Posten stehen, zum Ausdruck und ruft gegen die Gewaltpolitik der Wojewoden und Kreisstarosten den Geist des Rechts auf.

Weiter betont diese Entschließung die Notwendigkeit, den bei der Hauptleitung anzusammelnden Ausgleichsfonds zu Gunsten des Deutschtums in Polen zu verwenden. Ebenso wurde eine Neuverteilung der Betreuungsgebiete zu Gunsten der Deutschen in Polen beschlossen.

Nach einem Vortrag des nach zweijähriger Weltreise nach Marburg zurückgekehrten Universitätsprofessors Dr. Mannhart über das Thema: Die innere Entwicklung der volksdeutschen Ideen drinnen und bei den Ueberseedeutschen“, schloß Admiral Seebohm die Tagung. Die nächste Hauptversammlung soll Pfingsten 1931 nach Aachen einberufen werden.

Das Problem der nächsten Jahre

Ein Ausblick der „Times“. — Das jetzige Mißverhältnis in den Rüstungen nicht aufrecht zu erhalten.

— London, 11. November.

Die „Times“ beschäftigen sich in einem Artikel mit den Problemen der nächsten vier Jahre und schreiben dazu:

„Die Probleme, die nach menschlicher Berechnung sicher innerhalb der nächsten vier Jahre zur Erwägung gelangen werden, sind die mit der Revision der Friedensverträge verbundenen, die ein Teil der Politik Deutschlands geworden ist, und verwandt mit ihnen ist die Frage der Abrüstung. Für Deutschland und Frankreich bedeutet Revision der Verträge hauptsächlich eine Revision der Abrüstungsbestimmungen, die die bewaffneten Kräfte Deutschlands auf dem in Versailles auferlegten Tiefstand halten.

Es wird allgemein zugegeben, daß dies Mißverhältnis nicht dauernd aufrecht erhalten werden kann, auf jeden Fall nicht in dem damals bestimmten Maße, und die Beseitigung dieser Ungleichheit, die jedes Jahr dringender wird, kann nur erreicht werden durch eine drastische, allgemeine Rüstungsverminderung oder durch eine Erhöhung der Streitkräfte der wenigen entwaffneten Staaten.

Die Haltung Frankreichs in dieser Frage läuft auf eine Weigerung hinaus, seine Stellung bewaffneter Vorherrschaft in Europa aufzugeben, wenn nicht England weitere Verantwortlichkeiten für Frankreichs „Sicherheit“ übernimmt.

Die Zeitung erinnert dann an Erklärungen des deutschen Außenministers, nach denen Deutschland einen Zustand der Gleichheit am Rhein verlangt und keinen Zweifel darüber lassen will, daß mit der Räumung Deutschland noch keine volle Gleichberechtigung erlangt hat. Bei der Lösung der mit der einseitigen Entmilitarisierung des Rheinufers verbundenen Fragen wird nach der Auffassung der „Times“ gerade der Einfluß Englands entscheidend sein.

Der Korridor für Polen entbehrlich.

Während in der „Times“ die Revision der Abrüstungsbestimmungen behandelt wird, äußert sich Sir Petrie in einer anderen Zeitung über die Möglichkeit einer Abänderung der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags. In der Hauptsache beschränkt sich Sir Petrie aber darauf, Italiens Haltung in der Revisionsfrage zu umschreiben.

Rom, so erklärte er, sehe die Beseitigung des Korridors als unvermeidlich an. Erst recht kämpfe aber Deutschland gegen den Korridor an, der so alles in allem eine fortgesetzte Ursache der Bitterkeit sei. Daß der Verlust des Korridors Polen irgendwelchen materiellen Schaden zufügen würde, glaube man in Italien nicht.

Ueber die Durchführung einer Revision äußert sich Sir Petrie dahin, auch Mussolini wolle keine Vernichtung, sondern nur eine Abänderung der Verträge von 1919. Was in Rom befürwortet wurde, sei insbesondere ein Dreimächteabkommen zwischen England, Frankreich und Italien über die Modifikation der Friedensverträge, und die Eröffnung von Verhandlungen mit Deutschland.

Mobilisierung der Aufständischen

Systematische Entrechtung der deutschen Wähler. — Hetzreden eines Ministers.

— Kattowitz, 11. November.

Von einer geordneten Wahlbewegung kann in Polen nicht mehr gesprochen werden! Nach der Unterdrückung der polnischen Opposition gegen das System Pilsudski hat jetzt die deutsche Minderheit den Terror in seiner ganzen Schärfe zu fühlen. Für die Zeit bis zu den Wahlen am Sonntag, den 23. November, sind die Aufständischen mobilisiert worden unter der Parole, durch antideutsche Wochen das Deutschtum einzuschüchtern.

In einem Aufruf, der von zahlreichen führenden Polen des Regierungslagers unterzeichnet ist, werden die Aufständischen angespornt, den Deutschen Volksbund, die Deutsche Wahlgemeinschaft, wie überhaupt alle deutschen Vereinigungen und die Vertrauensleute dieser Organisation „schärfstens zu überwachen“. Die deutschen Zeitungen müßten völlig boykottiert, die Zeitungsausträger behindert und die Polen, die deutsche Blätter lesen, öffentlich gebrandmarkt werden.

Wie groß die Unsicherheit bereits ist, und was die deutsche Minderheit noch befürchtet, spiegelt sich darin, daß in Ostoberschlesien viele Deutsche von den Dörfern in die Städte übersiedeln. Diese Deutschen glauben sich auf dem Lande dem Haß der Aufständischen preisgegeben und erinnern sich, daß bei Ueberfällen die polnische Polizei erfahrungsgemäß immer zu spät gekommen ist. Gegen das deutsche Volkstum hetzen übrigens nicht nur die Aufständischenverbände, sondern auch Kabinettsmitglieder. So zieht z. B. Minister Kwiatkowski seit einigen Tagen im Lande herum und fordert seine Parteigänger auf, der „deutschen Gefahr“ auf den Leib zu rücken.

Von den letzten sieben Ausgaben einer der führenden deutschen Blätter in Ostoberschlesien sind nicht weniger als vier beschlagnahmt worden!

Die Dauer der Dienstzeit.

Ueberflüssige Diskussionen. — Die Marinefrage wieder akut.

— Genf, 11. November.

Der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes beendete die Aussprache über die Dauer der Dienstzeit mit einem überflüssigen Kraftaufwand. Die Aussprache drehte sich in der Hauptsache um einen polnischen Antrag, die Höchstdienstzeit auf eine bestimmte Anzahl von Monaten festzulegen. Der Konventionsentwurf selbst geht nicht soweit. Aus einer Erklärung des polnischen Vertreters ging deutlich hervor, daß der Antrag in erster Linie sich gegen Rußland wendet, in dem die Dienstzeit noch drei bis vier Jahre beträgt.

In der Abstimmung wurden die Bestimmungen des bisherigen Entwurfs und der polnische Antrag gebilligt. Für den polnischen Antrag wurden sieben, gegen ihn sechs Stimmen abgegeben. Da sich die Mehrheit des Ausschusses aber der Stimme enthalten hat, hat dieses Ergebnis praktisch natürlich keine Bedeutung. **Die deutsche Delegation hat übrigens an der ganzen Debatte nicht mehr teilgenommen und gut daran getan, weil nach der Ablehnung des deutschen Antrags auf Einbeziehung der Reserven und Herabsetzung des Jahreskontingents eine wirksame Rüstungsbeschränkung von diesen Beratungen nicht mehr zu erhoffen war.**

Wie verlautet, wollen die Vertreter der Marinemächte in den nächsten Tagen einen Antrag in der Kommission einbringen, wonach die Grundsätze des Washingtoner und des Londoner Marine-Abkommens von 1922 bzw. 1930 in den Entwurf einer Abrüstungskonvention des Völkerbunds aufgenommen werden sollen, auch ohne daß die französisch-italienischen Verhandlungen, die zwischen dem italienischen Delegierten Rosso und dem französischen Delegierten Massigli neuerdings unter Hinzuziehung von Marinesachverständigen intensiver geführt werden, ein positives Ergebnis gebracht haben.

Der neue Nationalrat.

Mehrheitsbildung nur durch Koalitionen. — Die Verteilung der Stimmen und der Mandate.

— Wien, 11. November.

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Wahlen zum österreichischen Nationalrat ist erst für Dienstag, wenn nicht gar Mittwoch, zu erwarten. Nach den bisherigen Feststellungen entfallen auf die Sozialdemokraten 72 Sitze gegen 71 von 1927; auf die Christlich-Sozialen 66 gegenüber bisher 73; auf den Schober-Block 19 (gegenüber 12 Mandaten der Großdeutschen und 9 des Landbundes im alten Nationalrat) und acht Sitze auf den Heimatblock.

In diesen Zahlen sind bereits die Reststimmen berücksichtigt, doch wird die Verteilung der Restmandate erst in den nächsten Tagen erfolgen. Wer endgültig gewählt worden ist und wer nicht, wird man natürlich erst nach der Verteilung der Restmandate sagen können.

Bisher wiedergewählt sind von den Sozialdemokraten alle bekannten Parlamentarier, so z. B. Otto Bauer, Bürgermeister Seitz-Wien, Schutzbundführer Deutsch und Glöckel. Von den Christlich-Sozialen sind gewählt: Bundeskanzler Vaugoin, Außenminister Dr. Seipel, Vizekanzler Schmidt und Handelsminister Heinl, ferner Bundeskanzler a. D. Dr. Streruwitz, der frühere Finanzminister Dr. Kienböck und der Abgeordnete Kunschak. Vom Schoberblock sind gewählt Bundeskanzler Schober, der bisherige großdeutsche Abgeordnete Wotawa, der Landbundvertreter Weigl und die großdeutsche Frauenvertreterin Frau Dr. Schneider.

Unter den Kandidaten, welche im ersten Ermittlungsverfahren vorläufig kein Mandat errungen haben, befinden sich der bisherige großdeutsche dritte Präsident des Nationalrats Dr. Waber, der steiermärkische Landeshauptmann Dr. Rintelen, die Heimwehrführer Starhemberg, Dr. Steidle, Pfriemer und Major Fey, ferner der großdeutsche Abgeordnete Dr. Hampel-Steiermark und der in Kärnten vom Heimatblock als Kandidat aufgestellte ehemalige Landeskommandant von Kärnten, während der Freiheitskämpfe, General Hülgerth. Man nimmt aber an, daß einige dieser Persönlichkeiten, insbesondere Fürst Starhemberg, bei der Verteilung der Restmandate noch einen Sitz im Nationalrat erhalten werden.

Von den Parteien, die bei der Verteilung der Mandate leer ausgingen, erhielten die Nationalsozialisten 99 356, die Kommunisten 20 691 und die Oesterreichische Volkspartei 14 987 Stimmen. Insgesamt wurden sozialistische Stimmen abgegeben 1 623 070 gegenüber 1 550 000 im Jahre 1927; bürgerliche Stimmen 1 645 881 gegenüber rund 1 980 000 im Jahre 1927. Das ergibt für die Sozialisten eine Zunahme von etwa 73 000, für die Bürgerlichen eine Abnahme von etwa 335 000 Stimmen.

Praktisch bedeutet die Wahl, daß, wie bisher, so auch künftig eine Mehrheitsbildung im Nationalrat nur durch Koalition möglich ist. Entscheidend für die Mehrheitsbildung wird insbesondere die Haltung der von dem früheren Bundeskanzler Dr. Schober geführten Gruppe sein.

Pressestimmen

über den Ausgang des österreichischen Wahlkampfes liegen u. a. folgende vor:

Das christlich-soziale „Wiener Montagsblatt“ schreibt: „Wenn auch das Ergebnis der Wahlen den Erwartungen

---

Fülle von originalen Zügen ausgestattet, ganz unbegrenzt erscheint sein Reichtum an ernsten und komischen Situationen. Ihm war die schönste Gottesgabe verliehen, der Humor. Ein echt deutscher Humor, in welchem über der launigen Darstellung menschlicher Beschränkung und Verkehrtheit überall die herzliche Liebe zu den Menschen fühlbar wird, ein gesunder und kräftiger Humor, der auch da, wo er ans Possenhafte streift, der Grazie nicht entbehrt und der uns immer die beglückende Empfindung zuteilt, daß es ein guter und lauterer Sinn ist, welcher uns seine lichtvolle Auffassung des Lebens spendet.

Dem echten Dichter wird ein Glück zuteil, mit dem sonst nur wenige Sterbliche begnadigt sind, er lebt als Individualität auch nach dem Tode in seinem Volke fort, bildend, erhebend und neues Leben schaffend. Der beste Teil seiner Seele und die Summe seiner Erdenarbeit dauern unverändert in seinen Werken. Und wieder sehr wenigen Dichtern ist eine so wirksame Unsterblichkeit beschieden, als gerade ihm. Denn er hat, während er unter uns weilte, durch seine Poesie das Herz erfreut, das Leben verschönert. Auch den kleineren Kreisen des Volkslebens, wo die Tage mit harter und ernster Arbeit erfüllt sind und die Strahlen der Kunst das Dasein sonst nur spärlich verschönern, hat dieser Dichter die Familie, das Hauswesen, die Arbeit verklärt wie kein anderer. Hunderttausende haben durch ihn das Bewußtsein erhalten, wie tüchtig und brav ihre Existenz ist, wieviel Wärme, Liebe und Poesie auch in ihrem mühevollen Leben zutage kommt. Sie alle sind durch ihn freier, reicher und glücklicher geworden. Und dieses edle Amt eines Vertrauten und Lehrers, der durch herzgewinnendes Lachen stärker und besser macht, wird Fritz Reuter unter uns verwalten, solange die Klänge der niederdeutschen Sprache dauern, solange unser Volkstum etwas von der Kindlichkeit, von der treuherzigen Einfalt und Herzensgüte bewahrt, welche in den Gebilden des Dichters jetzt mit unwiderstehlichem Reiz auf die Leser wirken.“

Dkm.

nicht völlig entspricht, so vermag es doch nichts an dem antimarxistischen Kurs zu ändern." Die liberale „Wiener Sonn- und Montagszeitung" schreibt: „Der gestrige Wahltag hat keine wesentlichen Machtverschiebungen gebracht. Der Ruck nach rechts ist ausgeblieben." Der stark linksstehende „Morgen" erklärt: „Die christlichsozial-faschistische Koalition verläßt geschlagen die Wahlstatt."

Wie aus den Kreisen der österreichischen Regierung verlautet, werden bereits Vorbereitungen für die Einberufung des neuen Nationalrats getroffen. Sogleich nach Eröffnung des Parlaments will sich das Kabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung dem Nationalrat vorstellen.

Senkung der Fleischpreise.

Senkung der Fleischpreise in Berlin. — Metall-Beirat tagt.

— Berlin, 11. November.

In den Abendstunden des Dienstags tritt das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung die Fragen der Arbeitszeit und der Arbeitsstreckung stehen, sowie die Frage der Preissenkungen.

Innerhalb der Reichsregierung macht sich das Bestreben geltend, nach dem endgültig gefällten Schiedsspruch im Metall-Konflikt vor allen Dingen die Frage der Preissenkung vorwärts zu treiben. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden zur Zeit im Reichsernährungs-Ministerium fortgesetzt.

Im Rahmen dieser Besprechungen erklärte sich der Deutsche Fleischerverband bereit, seine Mitglieder zur Senkung der Preise für Schweinefleisch in Höhe von fünf Pfennigen für das Pfund aufzufordern. In Berlin ist diese Preissenkung bereits Dienstag wirksam geworden.

Was die Stellungnahme des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu dem Schiedsspruch betrifft, soll hierüber am heutigen Dienstag der Beirat in einer Sondersitzung Beschluß fassen.

Der Beschluß des Fleischer-Verbandes.

In der Erklärung des Fleischerverbandes, in der der Beschluß auf Herabsetzung der Schweinefleischpreise um fünf Pfennig pro Pfund angekündigt wird, heißt es u. a.

„Das Fleischergewerbe erkennt an, daß in Anbetracht der wirtschaftlichen Notlage ein allgemeiner Preisabbau, auch für Lebensmittel, durchgeführt werden muß. Das Fleischergewerbe gibt eine Vorleistung, die nur eine begrenzte sein kann und nur aufrechterhalten wird, wenn die von der Reichsregierung auf der ganzen Linie zugesagten Abbaumaßnahmen sich schnellstens auswirken werden und wenn die Länder und insbesondere die Gemeinden auf keinen Fall die hohen Abgaben und Lasten beibehalten, sondern im Gegenteil ebenfalls erheblich herabsetzen."

Die Reichsregierung begrüßt diesen Beschluß des Deutschen Fleischer-Verbandes, der dem Ernst der Zeitumstände Rechnung trägt. Sie erwartet, daß nicht nur die Ladenfleischer dieser Aufforderung Folge leisten, sondern daß auch die übrigen, an der Fleischversorgung beteiligten Gruppen, darunter die Konsumvereine, sich dem Vorgehen des Deutschen Fleischer-Verbandes anschließen.

* —

Verbilligung des Brotes.

Vorläufig nur in Berlin.

Ebenso wie mit den Fleischern hat das Reichsernährungsministerium auch mit den Spitzenorganisationen des Bäckergewerbes und den Vertretern der Brotfabriken verhandelt. Die Bäcker und Brotfabrikanten wiesen darauf hin, daß die derzeitige Spanne zwischen Brot- und Mehlpreis auf die Erhöhung der allgemeinen Abgaben und Unkosten zurückzuführen sei. Sie erklärten sich jedoch unter völliger Würdigung der allgemeinen Notlage und mit Rücksicht auf die von der Reichsregierung zu ihrer Behebung und zur Senkung der öffentlichen Abgaben und Lasten eingeleiteten bzw. in Aussicht genommenen Maßnahmen zu folgenden Abmachungen bereit:

1. Bäckergewerbe und Brotfabrikanten verpflichten sich, grundsätzlich der Forderung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft entsprechend das Brot in Zukunft einheitlich nach Gewicht zu verkaufen.

2. An Stelle des für die Zeit vom 3. bis 9. November für Groß-Berlin maßgeblichen Tafelgewichts von 1225 Gramm für das Roggenbrot wird in Zukunft ein Einheitsgewicht von 1250 Gramm für das Normalbrot treten.

3. Der Preis für das Normalbrot von 1250 Gramm wird bei gleichbleibender Qualität in Berlin ab 13. November von 50 Pfennige auf 46 Pfennige gesenkt.

*

Ein erfreulicher Auftakt.

In Regierungskreisen erblickt man in den Vereinbarungen mit dem Fleischer- und Bäckergewerbe einen erfreulichen Anfangserfolg der Preissenkungsaktion. Im übrigen soll — nach Auffassung der maßgebenden Stellen — Berlin nur der Ausgangspunkt der Aktion sein, die sich allmählich auf das ganze Reich erstrecken soll. Auch rechnet man damit, daß neben dem Schweinefleisch, das zwei Drittel des Fleischkonsums ausmacht, auch das Rindfleisch noch in den Preisabbau mit einbegriffen werden wird. Die Verbilligung des Brotes ist ohne Minderung der Qualität erreicht worden. Ein Preisabbau bei Kartoffeln soll so beschleunigt werden, daß der Winterbedarf schon zu verbilligten Preisen gedeckt werden kann. Wegen einer Preissenkung der Kolonialwaren sind Verhandlungen im Gange.

Bethel.

— **Frauenhilfe.** Am Mittwoch den 12. Nov., ½3 Uhr Besprechung der Gewinne, 3 Uhr Verlosung.

J. V. E. Brand.

Missionsversammlung.

Am Freitag, den 14. November, findet abends 8 Uhr im Assapheum für alle Glieder unserer Gemeinde eine Missionsversammlung statt. Missionsinspektor Trittelvitz und Pastor Roniche sprechen über das Thema:

Afrikas Dank und Bitte.

Pastor Kuhlo-Bielefeld hält das Schlußwort.

— Bei der Bezirksfrauenzusammenkunft Eckardtsweg 8 ein paar graue **Handschuhe** verwechselt. Es wird freundlich gebeten, sie daselbst abzugeben.

Assapheum-Bethel

Mittwoch, den 12. Novemb., abends 7.30 Uhr

Familien-Unterhaltungsabend

Ausführende:

Rezitator und Vortragskünstler Herr Groene-Hannover; ferner die Herren: Fr. Meier-Bielefeld, Bariton; stud. theol. Meißner, stud. theol. Hermann Haaf, Biermann, Violine; Nord, Cello; Stietz, Contra-Baß; am Flügel: Herr Rebber.

Vortragsfolge:

1. Ballade, Op. 10, Nr. 3. Intermezzo (Klavier) Joh. Brahms
2. Einleitungsworte
3. Deutsche Tänze, Nr. 3 und 4 (Sextett) . L. v. Beethoven
4. Rezitationen
5. Zwei Lieder am Klavier
   a) Gesang Weylas . . . . . Hugo Wolf
   b) Zum Ossa sprach der Pelion (Bariton) . P. Cornelius
6. Rezitationen
7. Lyrische Vision (Klavier) . . . . . P. Mascagni
8. Rezitationen
9. Wolfram's Anrede: „Blick' ich umher..." aus „Tannhäuser" . . . . . R. Wagner
10. Rezitationen
11. Gebet (Bariton) . . . . . F. Hiller
12. a) Andante molto, aus der F-moll-Sonate, Op. 5 . . . . . J. Brahms
    b) Adagio, ma non troppo; aus der As-dur-Sonate, Op. 110 (2 Sextette) . . . L. v. Beethoven

Programme, die zum Eintritt berechtigen, kosten im Vorverkauf 60 Pfennig, für Jugendliche 30 Pfennig. An der Abendkasse einheitlich 75 Pfennig.

Heute abend 11³⁰ Uhr holte der Herr meinen lieben Mann, unseren guten Vater

Hermann Wellenbrink

nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 54 Jahren zu sich in sein Himmelreich.

In tiefer Trauer

Familie Wellenbrink-Wemhöner.

Bethel, den 9. November 1930.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. November nachmittags 3 Uhr von der Zionskirche aus statt.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz Oranien, Oranienstr. 53. Zimmer mit und ohne Verpfleg., 5 Min. vom Bahnhof. Mäßige Preise.

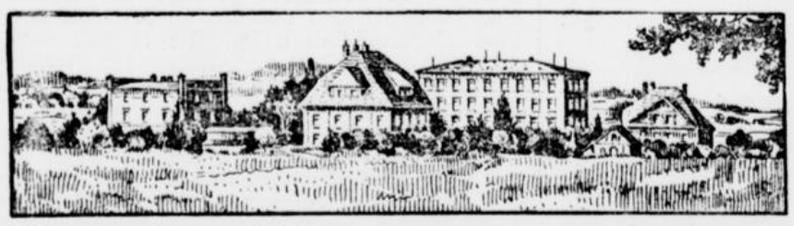
Heidschnuckenlammfleisch
prima Qualität, Postpaket 9 Pfund, etwa halb Braten, halb Kochfleisch 9,50 Mk. einschl. Verpackung und Porto per Nachnahme versendet **Arbeiterkolonie Freistatt,** Kreis Sulingen, Prov. Hannover

Geb. schlicht. jg.
Mädchen
f. frdl. Aufnahme auf dem Lande z. Weiterbildung im Hauswesen und Garten bei guter Verpflegung, eig. Zimmer, gegen monatliche Zuzahlung von 30 Mk. Klavier vorhanden. — **Erholungsbedürftige finden auch freundl. Aufnahme.** — Off. unt. A 7205 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Bettfedern-Reinigung
F. Mertens
Bielefeld

Einige sehr gute, gebrauchte
Pianos
mit voller Garantie, und ein
Harmonium
besonders billig abzugeben.
FESTING
PIANOFORTEFABRIK

Stellengesuche u. Angebote
haben im „Aufwärts" großen Erfolg



Das Erholungsheim Teichwolframsdorf

ist in den nächsten Jahren Sommer und Winter geöffnet. Müde und oft vom Betrieb der Gegenwart geschwächte Menschen finden hier Neuorientierung, aus Verzweifelten werden Sehnsuchtsmenschen, die durch Hoffnung im lebendigen Gott wieder Ja sagen zu den Forderungen des Lebens. Einsame finden Weihnachten und den darauffolgenden Ferienwochen Sammlung. Die Vorträge, Besprechungen, stille Austauschstunden am Abend und gemeinsame Wanderungen zeigen die Lebensspur zu neuen Menschen, die sichs nicht mehr nehmen lassen: „Dein Reich komme". Die Vorträge in dieser Festzeit bewegen sich in den Linien: „Geschichte und Offenbarung und: Wie wird eine neue Zeit".

Hospize und Heime.

Haus Bergblick, Luftkurort Ilsenburg, freundl., ruh., sonniges Heim im Harz unterhalb des Brockens. Behagl. einger. Zimmer mit und ohne Pension. Mäßige Preise. Ausf. Auskunft erteilt **Tabea Sprick** (vorm Frau Pastor M. Sprick).

Heidelberg, Christliches Hospiz Wartburg (früh. Blau-Kreuz-Hotel) Schiffgasse 2, am Neckar gelegen mit schöner Aussicht auf das Gebirge. Zimmer mit fließend. Wasser, Zentralheizung, Bad, elektr. Licht, Fernruf 755. 40 Betten von 2,50 bis 5,— Mk. Vorsaison Ermäßigung. Besitzer: August Kühn.

Köln a. Rh. Christl. Hospiz, Hotel Fernes. Inh.: Fritz Kraus, Diakon Johannisstr. Nr. 77, Tel. Rheinl. 3562 (nicht zu verwechseln mit Johannisstraße Nr. 39). Freundl. Zimmer mit guten Betten! Vorzügl. bürgerliche Küche! Mäßige Preise!

Bicken, Dillkreis, Bez. Wiesbaden. **Land-Jugendheim „Dennoch".** Freizeit- und Erholungsheim für Kinder und Jugendliche. Schöne Lage am Wald, 7½ Morgen großer Obstgarten. Badegelegenheit. Mäß. Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Anfr. an: Lehrer a. D. Th. Kopp, Herborn, Dillkreis.

Leipzig. Christl. Hospiz, Roßstraße 14 Bes.: Verein für Inn. Mission. Straßenbahn 2 und 16. Fernruf 16260 und 20791. Preis pro Bett 2,75—4,50 Mk. einschl. Steuern.

Bad Lippspringe. Christl. Erholungsheim Immanuel. Trautes Heim am Tannenwald. Vorzügl. Verpflegung. Bill. Preise. Das ganze Jahr offen. Zentralheizung. Bäder. Liegehallen. Andachten.

Barmen. Christl. V. j. M. Immanuel Hospiz und Pensionat. Untere Lichtenplatzerstraße 8, Fernsprecher 25521. Behagliches Heim mit guter Verpflegung für kürzeren und längeren Aufenthalt. Zentralheizung, elektr. Licht und Bad im Hause. — Mäßige Preise. Zu erreichen mit Linie 8 ab Hauptbahnhof, Haltestelle Schillerstraße.

Nordseebad Langeoog. Tongers Familienheim bietet Erholungsuchenden Wohnung mit gut bürgerlicher, seegemäß kräftiger Verpflegung. Kurze Abendandachten hält im Juli Pastor Tegtmeyer, Vorsteher der Diakonenanstalt Nazareth in Bethel, und im August Pastor Voigt am Diakonissenhaus Sarepta in Bethel. Weitere Auskunft wird kostenlos durch Hausprospekt gern erteilt.

Hospiz C. V. j. M., Christl. Verein jg. Männer e. V., **Essen,** Hoffnungstr. 9 (Nähe Limbeckerplatz). Vollständ. neu eingerichtet, elektr. Licht, Zentralheizung. Ruhige Lage. Einzelzimm. von Mk. 2.75.

Luzern (Schweiz), Johanniterhof Vierwaldstättersee, Christl. Hospiz, Sempacherstr. 46, 5 Min. von Bahn und Schiff. Mäßige Preise. Kein Trinkzwang. Trinkgeldberechnung. Restauration.

Stolberg/Harz. Christl. Erholungsheim. Bevorz. Lage, best eingerichtet, ruhig. Haus. Andacht. Sanatoriumsverpflegung. Mäßige Preise.

Kinderheim Paulsen. Ganzjährig geöffnet. Prospekt frei d. d. Besitzer Gemeindevorsteh. **Paulsen, Amrum-Norddorf.**

Nürnberg. Horeskahaus Sterntorhospiz. 3 Min. links vom Bahnhof. 3,50 Mk. an.

Unkel a. Rhein. Horeskahaus Hote Schulz. Direkt am Rhein. Pensionspreis von 7 Mk. an.

Neuhäuser Ostpr. Kaiserin-Auguste-Viktoria-Heim. Evang. Kurhaus a. d. Ostsee. Wundervoller St and. Herrl. Schöne Spaziergänge. Großer Park. Gute Pension 3,50—5,00 Mk., je nach der Jahreszeit. Jahresbetrieb geöffnet. (Inh. Ev. Frauenhilfe.)

Schloß Rhoden (Waldeck). Erholungsheim für berufstätige Damen. Beste Verpflegung. Schöne Zimmer mit herrlicher Aussicht. Tagespreis 4,50 und 4,25 Mk.

Nordseebad Langeoog. Christliches Erholungsheim „Bethanien", Erholungsheim des Diakonie-Vereins „Bethanien", Solingen-Aufderhöhe. Familiärer Gemeinschaftskreis, Andachten und Versammlungen im Hause Anerkannt gute Verpflegung, mäßige Preise. Kurtaxe berechtigt zum Baden. Nähere Auskunft durch: Schw. Marie Rießner, Christliches Erholungsheim „Bethanien", Nordseebad Langeoog. Post checkkonto: Christl. Erholungsheim Langeoog, Amt Essen Nr. 20502.

Oberndorf b. Feudingen, Kr. Wittgenstein. Christliches Erholungshaus Elim. Winter und Sommer geöffnet. Stärk. Luft herrl. Wald. Tägl. Andacht 4, bis 4,50 Mk. Gut eing. Zimm. mit elektr. Licht. Badeeinrichtung. Anmeld. an die Leitung.

Bad Salzuflen. Christl. Erholungsheim „Bergfriede". Eigentum des Diakonenhauses Nazareth, Bethel. Mäßige Preise, für Berufsarbeiter der Inn. Mission besondere Ermäßigung. Hausvater Schneider, Salzuflen (Lippe), „Bergfriede".

Ostseebad Müritz, christl. Familienpension Min Hüsing. Winter und Sommer geöffnet. Sehr gute Verpflegung, elektr. Licht, Bad. Breiter Strand, herrl. gesch. Waldspaziergänge. Bes.: Frl. Engel und Frau Dir. Schlapoczek.

Hamburg. Auswandererheim und Hospiz für Stadtbesucher. 4 Minuten vom Hauptbahnhof, Rautenbergstr. 11, neu eingerichtet, Betten von Mk. 1.75 an; Zentralheizung, fließendes Wasser, gute preiswerte und gute Verpflegung. Telephon Hansa 4702.

Christl. Hospiz und Erholungsheim, Bad Salzuflen, Wenkenstraße 30, Telefon 904. Unmittelbar am Kurgarten. Neuzeitl. einger. Zentralhzg. Fließ. Wasser. Beste Verpfl. Auch Tagesgäste. Vor- und Nachsaison billiger. Näheres durch Prospekt

Wernigerode-Nöschenrode. Christl. Erholungsheim Haus Rödenbeck, Schmales Tal 2, mit großem Garten, herrlich im Walde gelegen. Tagespreis für volle Pension 4,40 Mk. Durch Pastor Hölzel warm empfohlen.

Leipzig. Christl. Hospiz Wittenberger-Hof, Tzermaksgarten 10, (5 Min. vom Hauptbahnhof, linker Ausgang). Ruhigste Lage. 30 Zimmer. Elektr. Licht. Zentralh., Bäder. Preis pro Bett 2,50 bis 4,— Mk. einschl. Bedng.

Münster i. W., Christl. Hospiz, Sternstraße 8, Fernruf 1242. 8 Min. vom Bahnhof. Ruhige Lage. 10 Zimmer 12 Betten von 2—3 Mk.

Bad Dürrheim (Schwarzwald), hochgelegenes Solbad Europas. Christliches **Erholungsheim „Haus Hecht".** Neuzeitlich eingerichtetes Neuhaus für spezielle Winterkuren, Solbad im Hause. Zentralheizung in allen Räumen. Fließendes warmes und kaltes Wasser in allen Zimmern. Die ganze Südfront mit großen Liegeterrassen versehen. Gute und reichliche Verpflegung bei 5 Mahlzeiten. Diätküche. Staubfreie ruhige Lage. Mäßige Preise. Telefon Nr. 236.

Orsoy (Niederrhein). Heimvolkhochschule f. j. Mädchen v. 18 J. Einjähr. Lehrgang. Ziel: Charakterbildung auf christlicher und deutscher Grundlage. Neben wissenschaftlichem Unterricht auch hauswirtschaftlicher mit Praxis.

Erholungsheim im Solling b. Dassel, Krs. Einbeck, Weserbergland. Höhenlage inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder, Licht-, Luft- und Sonnenbäder, Zentralheizg., elektr. Licht. Andachten und Bibelstunden. Prospekte kostenlos.

Stuttgart. Hospiz z. Herzog Christoph, Christophstraße 11. 60 Zimmer von Mk. 3,50 ab. Zentralheizung, Elektr. Licht. Kein Trinkgeld. Aufzug. Voranmeldung ratsam.

Wernigerode-Oberhasserode. Christl. Haus Waldfrieden-Stoecking, Steinberg 18, nahe Tannenhochwald und 4 Min. v. Station Hasserode der Harzquerbahn. Zentralheizg. Das ganze Jahr geöffnet. Fräulein E. Stoecking

Wölfelsgrund. Glatzer Schneegebirge Deutsch-christl. Touristenheim Hölzel im Bergwald an einem Fußweg gelegen, für kürz. und läng. Aufenthalt geeignet. Nachtl. von 1,50 Mk. an, Frühstück 75 Pfg. Charlotte v. Radecke

Kurhaus Monbachtal. Christl. Erholungsheim im Schwarzwald, herrliche, einsame Lage zwischen Höhen und Tälern. Frdl. Zimmer, gute Küche. Eine halbe Stunde von Bad Liebenzell, Bahnhof Monbachhäuser. Tagespreis Mk. 4.5? bis 5.50.

Alkoholkranke! Wo finden dieselben Aufnahme und gewissenhafte, individuelle Behandlung und Pflege! **Im Haus Burgwald, „Heilstätte" Eberstadt b. Darmstadt.**

Wernigerode am Harz. Harzfriede, Christl. Erholungshaus und Hospiz. 60 B, 80 B. — Geöffnet Mai bis Okt. Pens.-Preise ab 1. Sept. RM 4,50 bis RM 6,— (Balkonzimmer und 4 Mahlzeiten) — Werbeschrift — Fernruf 322.

Christliches Erholungsheim Rhönhäuschen, Bahnstation: Zeitlofs/Unterfranken (Lokalbahn Jossa-Bad Brückenau), bietet für 4,50 und 10% 4 gute und reichliche Mahlzeiten, fröhliche Geselligkeit, Liegekuren in staubfreier, kräftiger Luft, herrliche Rhönwanderungen, Brunnenkuren, Gelegenheit zu Badekuren im nahe gelegenen Bad Brückenau. Auskunft durch die Besitzerin: Frau Erä in Schulenburg, Zeitlofs-Unterfranken. Empfohlen durch Pastor Hölzel.

Caub a. Rh., Haus Eisenburg, Erholungsheim des Westd. Jünglingsbundes. Prachtvolle Lage. Freundl. Zimmer, gute Verpflegung, mäßige Preise. Das ganze Jahr für jedermann geöffnet. Werbeschrift sendet Ferd. Hinnenberg.